

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 833

Mittwoch, 09. Juli 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

»Konzentration des Bodens ist Konzentration der Macht« - Interview mit James Rodríguez.....	1
Ministerin will umstrittene Bergbaulizenzen in Livingston vermutlich nicht annullieren.....	2
Untergetauchter Verdächtiger im Fall La Línea steht nun vor Gericht.....	3
Verfassungsgericht verbietet Curruchiche Ermittlungen gegen TSE-Präsidentin Blanca Alfaro.....	4
Richter ordnet Prozess gegen die „Pirat*innen des Todes“ an.....	5
Der Kongress bleibt gelähmt.....	5
Kurznachrichten.....	6

»Konzentration des Bodens ist Konzentration der Macht« - Interview mit James Rodríguez

Guatemala, 29. Juni - Der bekannte Dokumentarfotograf James Rodriguez zeigt in einer Wanderausstellung in Quetzaltenango Szenen des Kampfes der Bevölkerung gegen Bergbaukonzerne.

James Rodríguez, geboren in Mexiko, ist ein mexikanisch-US-amerikanischer Dokumentarfotograf. Er lebt seit 2006 in Guatemala. Seine Arbeit konzentriert sich auf Langzeitprojekte zur Nachkriegszeit, zur Territorialverteidigung, Migration und Menschenrechten in Guatemala, Mexiko und der Region. Seine Arbeiten wurden unter anderem in *Le Monde*, der *New York Times*, der *Los Angeles Times*, *National Geographic* und *The Guardian* veröffentlicht. 2024 veröffentlichte Rodríguez sein Buch »Tierra de árboles« (Land der Bäume), in dem er fast 20 Jahre sozialer Konflikte aufgrund des Kampfes um Territorien in Guatemala im Kontext der Suche nach Erinnerung und Gerechtigkeit in der Zeit nach dem guatemaltekenischen Bürgerkrieg (1960–1996) dokumentiert.

Ein Gespräch mit ihm von Thorben Austen, veröffentlicht in der Jungen Welt vom 29.06.2025.

Sie dokumentieren seit 20 Jahren mit Ihrer Kamera Konflikte um Land und Bodenschätze in Guatemala sowie ganz Mittelamerika. Welcher war der für Sie eindrucksvollste?

Das war sicher der Konflikt um die Nickelmine Fénix im Landkreis El Estor im Departamento Izabal im Norden Guatemalas. Damals habe ich angefangen, die Kämpfe um den Boden zu dokumentieren. 2005 wurde die Lizenz für den Nickelabbau durch die Regierung von Óscar Berger erneuert. Bereits 1965 hatte die International Nickel Company of Canada, kurz INCO (heute Vale Canada Limited, *jW*), riesige Landflächen, ganze Berge, rund um den Izabalsee – Guatemalas grössten See – erworben. INCO gründete schließlich das Tochterunternehmen Explotadora y Exploradora Minera de Izabal S. A.

Das geht meist mit langfristigen Genehmigungen einher. Für wie viele Jahre wurde dem Unternehmen die Ausbeutung dort überlassen?

Die Konzession wurde 1965 für 40 Jahre erworben, wegen des Bürgerkrieges (1960–1996, *jW*) lag der Abbau aber Jahre brach. Mit der Erneuerung der Lizenz für weitere 25 Jahre durch die Skye Resources de Canadá, an der auch viele Anteilseigner der aufgelösten INCO beteiligt waren, und die Gründung der Tochterfirma Compañía Guatemalteca de Níquel verschärfte sich der Konflikt für die Anwohner*innen. 2006 und 2007 gab es erste gross angelegte Vertreibungen, Häuser von bekannten Gegner*innen der Mine wurden in Brand gesteckt. Verantwortlich waren damals rund 1.000 Einsatzkräfte von Polizei und Armee. Das widersprach dem Friedensabkommen, das 1996 den Bürgerkrieg beendet hatte und den Einsatz der Armee im Inland verbot. Das Bergbauunternehmen versuchte, die Einwohner*innen zu spalten und bezahlte Nachbar*innen für Gewalttaten gegen Gegner*innen des Bergbaus. Es kam auch zu Vergewaltigungen.

Wie hat das Ihre Arbeit geprägt?

2009 gab es den Mord an Adolfo Ich, ein lokaler Repräsentant des Widerstands, der vom Chef des Sicherheitsdiensts des Unternehmens ermordet wurde. Dieser war ein ehemaliger Oberst der Armee. Das zeigt sehr gut die Kontinuität der Machtstrukturen vom Bürgerkrieg zur Nachkriegsphase, der sogenannten Friedenszeit in Guatemala. Ich möchte in meiner Arbeit beides dokumentieren, die Auswirkungen des Bürgerkriegs und die Landkonflikte nach 1996. Wichtig war mir auch der Widerstand gegen die Gold- und Silbermine Marlin in San Marcos, da habe ich nicht so viele Fotos in den Ausstellungen, war aber auch oft vor Ort.

Ein eindrucksvolles Erlebnis aus den vergangenen Jahren war nach dem Ausbruch des Vulkans Fuego am 3. Juni 2018. Da besuchte ich eine Gemeinde, die durch den Ausbruch alles verloren hatte. Das waren Menschen, die im Bürgerkrieg nach Mexiko geflohen waren und nach dem Ende des Krieges Land am Vulkan erhalten hatten. Obwohl sie nochmals alles verloren hatten, machten sie sich gleich wieder daran, ihr Leben neu zu organisieren. Mein Schwerpunkt ist zwar Guatemala – wo ich seit 2006 lebe –, aber ich habe auch zum Beispiel Landkonflikte in Honduras dokumentiert.

Aus den Fotos sind mehrere Ausstellungen entstanden, und Sie haben vergangenes Jahr ein Buch veröffentlicht. Wie waren die Reaktionen in Guatemala?

Die Ausstellungen waren ursprünglich nie mein Plan gewesen. Ich wollte dokumentieren, für ein Buch oder online. Ich sehe mich als Dokumentarfotograf, aber nicht als Künstler. Nun gut ... Es gibt interessante Reaktionen, gerade jüngere Guatemalteke*innen kommen und sagen, sie wussten nichts von den Ereignissen, die die Ausstellung dokumentiert. Wir zeigen sie an verschiedenen Orten Guatemalas, vor allem in solchen, die irgendwie zu einer alternativen Infrastruktur zählen, die die Erinnerung wachhalten wollen. Das ist mir wichtig, auch unter dem Aspekt der Bildung. Ich habe viele Jahre als Lehrer gearbeitet.

Die Menschen haben ein gutes, ein soziales Wesen, aber vielfach wissen sie das nicht. Die Erinnerungsarbeit ist in Guatemala schwer – viele Leute haben eine klare Position, auch geprägt durch den langen Bürgerkrieg. Entweder sie wissen ohnehin Bescheid über die tägliche strukturelle Gewalt, die den Menschen vor allem auf dem Land begegnet, oder sie streiten es kategorisch ab oder wollen es nicht wissen. Ehrlich gesagt hat mich aber die Reaktion auf das Buch überrascht.

Kam es also besonders gut an?

Es fand trotz des relativ hohen Preises grosse Verbreitung und ich bekam positive Reaktionen. Daher denke ich: Meine Arbeit ist wichtig. Gerade an den Landkonflikten lässt sich exemplarisch zeigen, dass das Friedensabkommen nicht genügend umgesetzt wurde. Das ist auch ausserhalb Guatemalas wichtig ... Wie kann ein Land nach 36 Jahren Bürgerkrieg wieder zum Frieden finden oder wie eben nicht? Das Beispiel Guatemala zeigt sehr gut: Nur durch die Unterschrift unter einen Vertrag kommt kein Frieden zustande. Tatsächlich war es so, dass ich am Anfang meiner Arbeit aber eher daran dachte, die Situation für das Ausland zu dokumentieren. (Junge Welt)

Ministerin will umstrittene Bergbaulizenzen in Livingston vermutlich nicht annullieren

Livingston/Guatemala Stadt, 20. Juni - Das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) hat durch eine Analyse festgestellt, dass acht Explorationslizenzen und zwei Lizenzen für den Bergbau in der Sierra Santa Cruz, in der Gemeinde Livingston, Unregelmässigkeiten aufweisen. Diese Lizenzen wurden 2023 unter der Regierung von Alejandro Giammattei erteilt, aber Umweltministerin Patricia Orantes wollte nicht sagen, ob sie annulliert werden.

Auf einer Pressekonferenz im Nationalpalast sagte Orantes, dass die Untersuchung der 10 Lizenzen nach einem Treffen im Kongress mit Bezirksabgeordneten aus Izabal, dem MARN, dem Energie- und Bergbauministerium (MEM) und Behörden der 54 Gemeinden von Livingston begann. Dabei versprach sie, zu untersuchen, ob das Verfahren, mit dem die Lizenzen erteilt wurden, ordnungsgemäss durchgeführt wurde. Die Untersuchung wurde laut der Ministerin auf eine Vor-Ort-Inspektion der Standorte der Projekte erweitert.

Die Ressortchefin wies auch darauf hin, dass eines der Unternehmen den Text der zweiten Lizenzvergabe nicht in der Q'eqchi'-Sprache veröffentlicht hat. Darüber hinaus haben die acht Explorationsprojekte, die die Lizenz erhalten haben, keine Stellungnahme des MEM eingeholt, obwohl dies eine unabdingbare rechtliche Voraussetzung für die Erteilung einer solchen Lizenz gewesen sei.

Bei den Unternehmen, die über die Lizenzen verfügen, handelt es sich um Río Nickel, S.A. und Nichromet, guatemalte-kische Tochtergesellschaften von Central American Nickel (CAN), einem in Kanada gegründeten Unternehmen, das seine Aktivitäten im letzten Jahr der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Giammattei reaktiviert hat.

Genau während seiner Regierungszeit wurde das russisch-schweizerische Bergbauunternehmen SOLWAY, das im Departement Izabal tätig ist, vom US-Finanzministerium im Rahmen des Magnitsky-Gesetzes sanktioniert, da es beschuldigt wurden, von der Korruption im Bergbausektor zu profitieren, um Lizenzen zu erhalten. Demnach wurden der ehemalige Bergbauminister Alberto Pimentel Mata, seine Frau Ana Isabel Carrillo Fabián, der ehemalige stellvertretende Bergbauminister Oscar Pérez Ramírez und der ehemalige Innenminister Gendri Reyes im Jahr 2023 ebenfalls von den Vereinigten Staaten wegen Korruption sanktioniert.

Die Erkenntnisse des MARN

Bei der Inspektion vor Ort wurde festgestellt, dass die Unternehmen in einer Tiefe von 10 Metern illegal operierten, woraufhin am 19. Juni eine Beschwerde eingereicht wurde. „Wir haben drei Projekte mit offenen Calicatas (Ausgrabungen im Boden) zur Ausbeutung gefunden, was offenkundig illegal ist, denn keines der 10 Projekte hat eine Genehmigung des Ministeriums für Energie und Bergbau zur Exploration oder Ausbeutung“, sagte die Ministerin Orantes. Nach Angaben des Ministeriums wurden diese Erkenntnisse den Dorfbewohner*innen und den Unternehmen mitgeteilt.

Der Umweltschlichter Rafael Maldonado ist der Meinung, dass MARN zu lange braucht, um auf die Untersuchungsergebnisse zu reagieren. „Als es die Inspektionen im Mai durchführte und feststellte, dass es Umweltrisiken und Verstöße gegen das Recht auf eine gesunde Umwelt gab, legt Artikel 31 des Gesetzes zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt fest, dass eine der Sanktionen die sofortige Aussetzung ist, und dies wird durch das Gesetz über den Klimawandel verstärkt: Dieses hat zwei Grundsätze, die das Umweltministerium berücksichtigen sollte, nämlich das ‚Im Zweifel für die Natur‘“, sagte der Anwalt. Laut Maldonado ist die Mitteilung des MARN verwirrend und es ist unklar, welche Rolle das MARN und das MEM in dieser Phase der Lizenzvergabe gespielt haben. In dem Moment, in dem der Ausbeutungsprozess beginnt, muss der Prozess der obligatorischen Konsultation nach dem Urteil des Xinka-Volkes im Jahr 2018 eingeleitet werden, als das Verfassungsgericht (CC) dem Minister für Energie und Bergbau untersagte, eine Ausbeutungslicenz ohne vorherige Konsultation zu erteilen.

„Ich kann nicht vorhersehen, was passieren wird“

Auf dem Treffen am 18. Juni in Livingston versprach der stellvertretende Umweltminister Rodrigo Rodas der Bevölkerung, dass das MARN am 30. Juli einen weiteren Bericht über die rechtlichen und administrativen Konsequenzen der festgestellten Verstöße veröffentlichen wird.

Umweltministerin Orantes wies darauf hin, dass "die Annullierung nicht die einzige Möglichkeit ist, es gibt Sanktionen, die Aussetzung von Lizenzen, Geldstrafen und Straftaten, die von der MP untersucht werden können. Wir haben gestern eine Beschwerde beim Parlament eingereicht. Ich kann nicht vorhersehen, was passieren wird, das ist so, als würde man das Ergebnis einer Verurteilung nach einem Prozess vorhersehen", sagte die Ministerin über die möglichen Konsequenzen der Unregelmäßigkeiten bei den Umweltlizenzen.

Auf die Frage nach den Massnahmen, die das MEM in Livingston ergriffen hat, antwortete Bergbauminister Víctor Hugo Ventura: „Wir haben keine Genehmigungen erteilt, es scheint mir, dass die Ursache für den Lärm einige Akteure sind, die illegale Aktivitäten durchführen könnten“.

Proteste und Repression in Livingston

Am 16. Juni informierte das MARN alle Beteiligten, Bewohner*innen und Unternehmen, über die Ergebnisse der im Mai durchgeführten Feldinspektion. Die drei Bezirksabgeordneten von Izabal waren bei dem Treffen anwesend. Die Minister*innen waren nicht persönlich anwesend. Orantes sagte später, dass es wichtig sei, dass sie ihre Verpflichtung zur Übergabe des Berichts erfüllt hätten.

Die Abwesenheit von Orantes und Ventura veranlasste die Gemeinden jedoch dazu, die Hauptstrasse nach Petén zu blockieren, da in dem Bericht des MARN nicht klargestellt wurde, ob sie das Treffen abhalten würden oder nicht.

Nach mehr als 48 Stunden Besetzung erschien am Mittwoch, dem 18. Juni, der stellvertretende Umweltminister Rodrigo Rodas zu einem Gespräch mit Vertreter*innen der Gemeinden im Büro des stellvertretenden Bürgermeisters in Livingston, Izabal. Bei dem Treffen war die Hauptforderung an MARN die Annullierung der Lizenzen.

Laut Orantes wird diese Forderung zwar erhört, aber es muss ein ordnungsgemässes Verfahren eingehalten werden: „Die gewährten Rechte werden nicht einfach auf Druck hin entzogen, sondern es muss ein ordnungsgemässes Verfahren eingehalten werden“.

Während Vizeminister Rodas mit den Gemeindevorsteher*innen sprach, näherte sich eine andere Gruppe von Dorfbewohner*innen, die nach Angaben des Ministers nicht zum Widerstand gehörten, dem Gelände und schaltete den Strom ab. Sie sollen auch Fahrzeuge von Institutionen beschädigt haben, wovon auf der Pressekonferenz Videos gezeigt wurden. Aus diesem Grund mussten nach Angaben der Behörden die Sonderpolizeikräfte (FEP) der Nationalen Zivilpolizei (PNC) mit Tränengas eingreifen.

In einer Ansprache am 19. Juni im Kongress erklärte der stellvertretende Innenminister José Portillo, dass bei der Blockade der Straße nach Petén über San Antonio Sejá Verhaftungen vorgenommen wurden, um die Bewegungsfreiheit der Menschen zu gewährleisten. „Fünf Personen, die diese Blockaden errichtet haben, wurden festgenommen, ebenso wie eine Person, die Schüsse abgab“, so Portillo.

Bei der polizeilichen Repression vom 18. Juni in Livingston wurde der Reporter Raymundo Amador, der für „El Informador Veraz“ über die Ereignisse berichtete, von einem Tränengaskanister in die Stirn getroffen und musste zur medizinischen Versorgung nach Morales gebracht werden. In diesem Fall sagte der Sprecher des Präsidialamtes, Santiago Palomo, dass das Innenministerium über die Generalinspektion des PNC die Aktionen der FEP überprüfen wird, um festzustellen, ob in diesen Situationen gegen das festgelegte Protokoll verstossen wurde. (Prensa Comunitaria)

Untergetauchter Verdächtiger im Fall La Línea steht nun vor Gericht

Guatemala, 2. Juli - Manuel Alejandro Recinos Morales, ehemaliger Koordinator des Zollamtes in Puerto Quetzal, der acht Jahre lang auf der Flucht vor der Justiz war, hat sich dem Hochsicherheitsgericht B gestellt, um sich einer ersten Anhörung wegen seiner mutmasslichen Beteiligung am Fall La Línea zu stellen.

Recinos Morales wurde von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) der Verbrechen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, des Zollbetrugs und der passiven Bestechung beschuldigt, da er der als La Línea bezeichneten Gruppe angehörte und die Annahme von Bestechungsgeldern sowie die illegale Abfertigung von Containern durch den Zoll ermöglichte.

Nach Anhörung der Argumente beider Parteien beschloss der Richter Eduardo Orozco, ihn wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und wegen Zollbetrugs mit dem Grad der Mittäterschaft anzuklagen. Andererseits entschied der Richter, dass es keine ausreichenden Anhaltspunkte für die Annahme gab, dass er irgendeine Art von Bestechungsgeld für die Durchführung der Zollverfahren, für die er verantwortlich war, erhalten hatte.

Obwohl seit 2015 ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt und er seit acht Jahren auf der Flucht vor der Justiz ist, gewährte Orozco ihm statt Untersuchungshaft einen Hausarrest, die Verpflichtung, seine Fingerabdrücke im System der Staatsanwaltschaft (MP) innerhalb der ersten fünf Tage des Monats vorzulegen, und eine Kaution in Höhe von 1.000 Euro. Ausserdem räumte er der MP drei Monate Zeit ein, um die Ermittlungen gegen ihn abzuschliessen. (La Hora)

Verfassungsgericht verbietet Curruchiche Ermittlungen gegen TSE-Präsidentin Blanca Alfaro

Guatemala, 1. Juli - Die Richter*innen des Verfassungsgerichts (CC) lehnte den Antrag der FECI-Staatsanwältin Leonor Morales ab, den Beschluss des Obersten Gerichtshofs (CSJ) auszusetzen, der ohne Anhörung den Antrag auf Aufhebung der Immunität gegen die Richterin und amtierende Präsidentin des Obersten Wahlgerichts (TSE), Blanca Alfaro, abgelehnt hatte. Der Richterin wird Behinderung der Strafverfolgung und Pflichtverletzung vorgeworfen, weil sie sich der Auslieferung der Kisten mit den Wählerverzeichnissen für das Jahr 2023 widersetzt hat, ein Fall, der mit dem Fall SEMILLA zusammenhängt.

Die Richter*innen prüften eine von der Staatsanwaltschaft beantragte einstweilige Verfügung, kamen jedoch zu dem Schluss, diese nicht zu erlassen. Morales hatte argumentiert, dass Alfaro bei den Razzien im Fall SEMILLA, bei denen 2023 Wahlregister beschlagnahmt wurden, „Unregelmässigkeiten bei der Verwahrung der Kisten begangen und die für ihre Aufbewahrung geltenden gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten hat“. Nach Angaben der FECI wurde in den Wahlurnen kein Exemplar des Gesetzes Nr. 4 gefunden, das für die Erfassung der von den Kandidat*innen erhaltenen Stimmen unerlässlich ist. Ausserdem wurde bei der Durchsuchung am 12. September 2023 festgestellt, dass „Alfaro in ihrer Funktion als Garant für die Korrektheit des Wahlprozesses möglicherweise gegen das Gesetz verstossen hat, indem sie nicht für die Einheitlichkeit der verwendeten Formulare gesorgt hat“.

Die Richter*innen des CC waren jedoch der Ansicht, dass es keinen Grund gab, dem Antrag der FECI stattzugeben, und bestätigten daher die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs. In seinem Urteil erklärte der CC: "In Anbetracht des im ursprünglichen Schriftsatz formulierten Antrags ist das Gericht der Ansicht, dass die Umstände den beantragten vorläufigen Schutz nicht rechtfertigen, da die Anforderungen von Artikel 28 des Gesetzes über einstweiligen Verfügungen, persönliches Verhalten und Verfassungsmässigkeit nicht erfüllt sind. Folglich wird die Massnahme abgewiesen."

Rückschlag für die FECI

Im April wurde der Antrag der FECI in limine abgelehnt, d.h. das Plenum des Obersten Gerichtshofs hat die Begründetheit der Klage der FECI gegen Alfaro nicht geprüft, da es sie als fadenscheinig oder politisch ansah.

Bei der Einreichung der Klage wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, dass die TSE-Präsidentin die Staatsanwältinnen bei der Durchsuchung des Wahlbüros zur Beschlagnahme der Kisten mit den Wahlergebnissen dieses Jahres „behindert, physisch, verbal und psychisch angegriffen“ habe.

Diese Razzia der FECI wurde im Herbst 2023 von vielen als versuchter Staatsstreich gewertet. Die Staatsanwaltschaft (MP) führte unter der Leitung von Consuelo Porras eine Razzia durch, die mehr als 30 Stunden im Sitz des Obersten Wahlgerichts (TSE) in der Zone 2 der Hauptstadt dauerte. Gemeinsam mit den Richtern Gabriel Aguilera und Mynor Custodio versuchte Alfaro, die Staatsanwält*innen daran zu hindern, die Wahlprotokolle an sich zu nehmen, die als Beweismaterial in einer als „geheim“ deklarierten Untersuchung gekennzeichnet worden waren.

Bei dieser Gelegenheit argumentierten die beiden Richter*innen, dass sie „den Willen des Volkes“ verteidigten und sich daher gegen die Beschlagnahme der Kisten mit den Dokumenten wehrten.

Die Kisten mit dem Wahlmaterial wurden in mindestens drei Pick-ups untergebracht. Nachdem die Staatsanwaltschaft den Ort des Geschehens verlassen hatte, erlaubte Alfaro den anwesenden Medienvertreter*innen zu dokumentieren, wie die Säcke mit den Originaldokumenten Nummer 4, die von den Wahlkommissionen (JRV) am 25. Juni, als der erste Wahlgang stattfand, ausgefüllt worden waren, manipuliert wurden. Ebenso das Dokument 8, das die endgültigen Ergebnisse enthält, die von den Wahlvorständen der Departements (JEDs) überprüft und festgehalten wurden.

Alfaro prangerte an, dass die von der FECI beschlagnahmten Dokumente mit den allgemeinen Wahlen vom 25. Juni in Zusammenhang stehen und bekräftigte: „Sie haben die Dokumente gestohlen, die die Transparenz des Wahlprozesses garantieren“.

Obwohl die FECI ankündigte, die Unterlagen am darauffolgenden Mittwoch zurückzugeben, betonte der Richter, dass die Beweiskette bereits verletzt worden sei, was die Integrität des Beweismaterials beeinträchtigt.

Aufgrund des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Fall SEMILLA, mit dem die Amtsübergabe an Bernardo Arévalo und Karin Herrera verhindert werden sollte, drohen den Staatsanwälten und dem für den Fall zuständigen Richter derzeit Sanktionen in Kanada, den Vereinigten Staaten und Europa.. (Prensa Comunitaria)

Richter ordnet Prozess gegen die „Pirat*innen des Todes“ an

Guatemala, 2. Juli - Nach mehrtägigen Anhörungen ordnete der Richter B des Zehnten Strafrichters, Jimi Bremer, an, dass 15 der 16 Personen, die in den als „Todespiraten“ bekannten Fall verwickelt sind, vor Gericht gestellt werden, da er der Ansicht ist, dass genügend Beweise gegen sie vorliegen, um die Ermittlungen fortzusetzen. (...) Gegen folgende Personen wird es einen Prozess geben: Gelmer Juanito Roblero, Wilder Augusto Roblero, Christian Mauricio Barillas, Carlos Barillas, Andrés Yoc Yax, Elmer Antonio Godoy, Emilio Barrera, Marlon Pérez, Miguel Ángel Tiul, Josué López, Edgar Xiloj, Milton Alain León, Maritrini Medrano, Edwin Dueñas und Berta Mejía.

Zu den Straftaten, die den Personen vorgeworfen werden, gehören: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, (versuchter) Mord, Entführung, schwerer Raub, Diebstahl von mobilen Endgeräten, Verschwörung zum Mord und zur betrügerischen Verwendung von Kreditkarten, passive Bestechung und Behinderung der Justiz, In der Zwischenzeit wurden die Verdächtigen in Untersuchungshaft genommen, während die Staatsanwaltschaft (MP) drei Monate Zeit erhielt, um die Ermittlungen abzuschliessen.

Der Fall im Einzelnen

Den Ermittlungen zufolge operierte die Bande hauptsächlich in den Zonen 1, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 der Hauptstadt, und zwar an Donnerstagen, Freitagen und Samstagen sowie an Zahltagen und Feiertagen.

Die Täter*innen konzentrierten sich darauf, die Opfer zu überwachen, festzustellen, ob sie Wertsachen bei sich haben, und dann das Vertrauen der Opfer zu gewinnen, indem sie Getränke und Transportdienste anboten. Die Getränke wurden vor oder während des Eintritts in die Transportmittel angeboten, waren jedoch mit Betäubungsmitteln versetzt. In dem Moment, in dem die Opfer das Bewusstsein verloren, wurde sie ausgeraubt und dann liegen gelassen. Einige Opfer starben infolge einer Überdosis, die zu einer hämorrhagischen Bauchspeicheldrüsenentzündung führte. (La Hora)

Der Kongress bleibt gelähmt

Guatemala, 1. Juli - Die ausserordentliche Sitzung des Kongresses am 1. Juli endete erneut, ohne dass Vereinbarungen getroffen oder nennenswerte Fortschritte erzielt wurden. Diese Situation hat zu neuen Spannungen in Bezug auf die Agenda der Legislative und die anstehenden Wahlen geführt und die anhaltenden tiefen internen Spaltungen deutlich gemacht. Der Präsident des Gremiums, Nery Ramos, wies auf die „ausserordentlichen Anstrengungen“ bestimmter Fraktionen hin, die seiner Meinung nach Fortschritte bei der Tagesordnung verhinderten.

Diese Situation ist nicht neu. Vor der Parlamentspause, die am 16. Mai begann, hat der Kongress zwei Monate lang keine Plenarsitzungen abgehalten. Die letzte Sitzung vor der Unterbrechung war von einer Konfrontation geprägt, bei der die Kämpfe um die Sitze im Präsidium eskalierten und zu Handgreiflichkeiten, Schreien und sogar Ziehen an den Haaren zwischen den Abgeordneten führten. Diese sechste ausserordentliche Parlamentssitzung nach der Sitzungspause bestätigt, dass die Meinungsverschiedenheiten fortbestehen und dass diese das Funktionieren des Gremiums behindern.

Während der Sitzung am Dienstag wurden nur fünf der Gesetzentwürfe verlesen und an die Arbeitsausschüsse weitergeleitet. Zu den nicht behandelten Punkten gehörten die Wahl des ersten Sekretärs des Kongresspräsidiums und die Wahl der (stellvertretenden) Direktor*innen der Wettbewerbsbehörde. Die Frist für diese Wahlen lief am 23. Juni ab, womit die gesetzlichen Fristen nicht eingehalten wurden.

Der Präsident des Kongresses wies darauf hin, dass die Fraktionen sich im Rahmen einer gemeinsamen Strategie geeinigt hätten, um Fortschritte bei dieser Agenda zu blockieren. Das Paradoxe daran sei, so Ramos, dass dieselben Fraktionen sowohl im Präsidium als auch in der Ständigen Kommission vertreten seien und aktiv an der Ausarbeitung und dem Konsens der ursprünglichen Agenda mitgewirkt hätten. Sobald sie den Plenarsaal erreichen, „ändern sie ihre Meinung“ und versuchen, das zu ändern, was bereits für die legislative Agenda vereinbart wurde. Dies zeugt von mangelndem Engagement für frühere Vereinbarungen und einer klaren Verzögerungsstrategie, die die legislative Arbeit lähme.

Der Abgeordnete Elmer Palencia von VALOR war einer der aktivsten Redner in der Plenarsitzung. Bei dieser Gelegenheit sprach er über die Initiative 5692, einen Vorschlag zur Reform des Strafgesetzbuches, um „Mareros“ (Jugendbanden) und Erpresser*innen zu Terrorist*innen zu erklären. Diese Massnahme hat eine breite öffentliche und politische Debatte im Lande ausgelöst.

Der vom Kongressabgeordneten Palencia eingebrachte Antrag wurde zweimal zur sofortigen Diskussion gestellt, aber beide Male mangels ausreichender Stimmen abgelehnt. In der ersten Runde gab es 49 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und 64 Abwesende. In der zweiten Runde gab es 50 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen und 58 Abwesende. Die VALOR-Fraktion ist im Kongresspräsidium durch den Abgeordneten Jorge Estuardo Ayala Marroquín vertreten, der zweiter Vizepräsident ist.

Der Abgeordnete Palencia war es auch, der die Überprüfung der Beschlussfähigkeit beantragte, und nach der Auszählung wurde die ausserordentliche Sitzung unterbrochen, nachdem festgestellt worden war, dass nur 53 Abgeordnete im Saal anwesend waren (Prensa Comunitaria).

Kurznachrichten

Haftbefehle gegen kolumbianische Generalstaatsanwältin und Ivan Velásquez

Guatemaltekeische Staatsanwält*innen [haben Haftbefehle gegen zwei hochrangige kolumbianische Regierungsvertreter*innen ausgestellt](#) und deren Auslieferung beantragt: Luz Adriana Camargo, Generalstaatsanwältin Kolumbiens, und Iván Velásquez, Kolumbiens derzeitiger Botschafter beim Vatikan. Ihnen wird Korruption im Zusammenhang mit dem Bauunternehmen Odebrecht vorgeworfen, als sie beide bei der Internationalen Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Guatemala tätig waren. Die Anklage wurde Anfang Juni von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) erhoben, die von Rafael Curruchiche geleitet wird, [der von den USA und der EU sanktioniert wurde](#), weil er seine Position zur Verfolgung unabhängiger Justizangehöriger nutzt. [Sowohl der kolumbianische Präsident Gustavo Petro](#) als auch der guatemaltekeische Präsident Bernardo Arévalo [haben die Vorwürfe](#) zurückgewiesen.

EU-Sanktionen gegen die Stiftung gegen den Terrorismus

Im Juni verhängten die Europäische Union sowie [weitere europäische Länder](#) Sanktionen gegen die Stiftung gegen den Terrorismus (FCT) und drei Personen, die mit dieser Organisation in Verbindung stehen: ihren Präsidenten, Ricardo Méndez Ruiz, ihren Rechtsvertreter, Raúl Falla, und den Richter Jimi Bremer Ramírez. Die EU begründete den Beschluss [mit der Rolle der rechtsextremen Organisation bei der Verfolgung von Journalist*innen, Anwält*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen](#). Durch die Sanktionen werden [ihre Vermögenswerte in Europa eingefroren](#) und ihnen wird die Finanzierung durch europäische Unternehmen und Bürger*innen untersagt.

Positives Urteil des Obersten Gerichtshofs zu Zamora, aber noch keine Freilassung

Der Oberste Gerichtshof hat Ende Juni den Gerichtsbeschluss vom März ausgesetzt, [durch den der Journalist José Rubén Zamora in einem seiner Strafverfahren erneut in Untersuchungshaft genommen wurde](#). Die Entscheidung [bedeutet jedoch nicht seine sofortige Freilassung](#), da die Entscheidung weiterhin in den Händen des Gerichts liegt, das die ursprüngliche Massnahme erlassen hatte. (Runder Tisch Mittelamerika)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6